

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 03.12.2009 um 18.45 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May (ohne Ziffern 5 und 6)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt (bis 19.40 Uhr, Ziffer 6) anschl. Stadtrat E. Müller

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadtrat Rank (für Stadträtin Schwab)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos (für Stadträtin Dr. Endres-Paul) ohne 8 B

Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof (ohne Ziffer 13 B – E)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt (für Stadtrat Böhm)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter:

Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner (Ziffer 1)

Bauamtsleiter Janner

Herr Pohl

Frau Noormann

Frau Nomayo M.A, (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Popp

Stadtrat Steinruck

Frau Schlötter

Herr Pfrenzinger

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat Böhm

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Budgetabrechnung des Städtischen Museums Kitzingen für das Haushaltsjahr 2008

A. Für diesen Tagesordnungspunkt wurde ein Wordprotokoll erstellt, welches der Niederschrift als wesentliche Anlage beigefügt ist.

B. Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets „Städtisches Museum Kitzingen – UA 3200 – für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit einem Defizit von 8.378,00 € ab.
Das Defizit für das HH-Jahr 2008 wird in voller Höhe übertragen.

2. Haushaltsüberschreitung

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2009 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 0800 5622	Fortbildung und Umschulung bisher bereitgestellt somit insgesamt bereitgestellt	1.000,00 € <u>10.000,00 €</u> <u>20.000,00 €</u>	10.000,00 €

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei HSt. 0800 1657 - Erstattungen durch kommunale Sonderrechnungen, von Natur in Kitzingen 2011 GmbH.

3. Grundsatzbeschluss zur Haushaltsabwicklung/Haushaltsplanvorlage

Mit 12 : 1 Stimmen

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Folgende Grundsätze sind zu beachten:
 - a) Es werden nur die dringend notwendigen Maßnahmen des Investitionsprogramms durchgeführt. Die Vorhaben sind daraufhin zu überprüfen.
 - b) Neue, noch nicht im Programm enthaltene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, die Finanzierung kann durch Streichung, Kürzung oder Verschiebung

von Maßnahmen des gültigen Investitionsprogramms erfolgen, die jetzt weniger dringlich erscheinen.

- c) Es sollte versucht werden, die vorgesehenen Kreditaufnahmen zu reduzieren, um auch noch nach dem Jahr 2013 einen Verschuldungsspielraum zu haben. Ebenso sollte versucht werden, die Rücklagen Ende des Jahres 2013 auf einen Mindeststand von 1 Mio. € zu halten.
- d) Alle Ausgaben der Stadt sind unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu leisten. Einsparungsmöglichkeiten sind konsequent zu nutzen. Der Grundsatz der rechtzeitigen Ausschöpfung aller vorhandenen Einnahmequellen ist konsequent zu beachten.
- e) Es sind alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Zuführung zum Vermögenshaushalt zu verbessern.

- 3) Um die Gemeinschaftsaufgabe Haushaltskonsolidierung erfolgreich umzusetzen, ist es erforderlich, dass gemeinsam an diesem Ziel gearbeitet wird.

4. Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 16.11.2009 zur Reduzierung des Haushaltsdefizits: Weiteres Vorgehen

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass eine Haushaltssperre zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig zielführend sein, nachdem im Jahr 2009 keine Auftragsvergaben mehr erfolgt werden. Es sei sinnvoller den im Januar vorgelegten Entwurf des Investitionsprogramms auf Priorität zu überprüfen und durch Verschiebungen bzw. Reduzierung von Standards eine Einsparung zu erreichen.

B. **Mit 11 : 2 Stimmen**

- 1) Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 16.11.2009 wird zur Kenntnis genommen.
- 2) Es wird festgestellt, dass es bereits jetzt gängige Praxis ist, sämtliche Investitionsmaßnahmen, die nicht in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters liegen, den zuständigen Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen (Auftragsvergaben).
- 3) Eine Haushaltssperre wie beantragt, ist deshalb nicht nötig. Es wird von Fall zu Fall darüber entschieden, ob und wie die jeweilige Maßnahme durchgeführt und beauftragt werden soll oder nicht.

5. Behandlung der freiwilligen Leistungen

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ist der Auffassung, dass man bei den freiwilligen Leistungen keine Einschnitte vornehmen sollte. Darüber hinaus sollten keine neuen freiwilligen Leistungen im Haushalt aufgenommen werden.
Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man auch bei bestehenden freiwilligen Leistungen prüfen müsste, inwieweit ein Zuschuss noch notwendig sei (hat Verein noch bestand?). Darüber hinaus sollte man neue freiwillige Leistungen nicht automatisch ablehnen, sondern prüfen, ob durch einen Zuschuss an einen Verein ein evtl. Nutzen für die Stadt bestehen könnte.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass dies dennoch nur unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit geschehen dürfe.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Die freiwilligen Leistungen werden im bisherigen Umfang beibehalten.
- 3) Zusätzliche (neue) freiwillige Leistungen sollten kritisch geprüft werden.

6. Umbau des Bürgerbüros im Rathaus:
Verschiebung der Maßnahme im Investitionsprogramm

Mit 11 : 1 stimmen

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Aufgrund der prekären Haushaltssituation wird die Maßnahme "Umbau des Bürgerbüros im Rathaus" auf das Jahr 2014 verschoben.

7. Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße:
Festlegung der Ausbau-Standards

Mit 8 : 5 Stimmen

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Im Hinblick auf die prekäre Finanzlage sind bei der Ausschreibung alternativ Betonrandsteine und Granitrandsteine auszuschreiben.

8. Beschaffung der Stadtmöblierung für den Altstadtbereich

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass hinsichtlich der Papierkörbe der Standart reduziert werden sollte.
Stadträtin Schmidt stellt den Antrag, auch den Standart hinsichtlich der Bänke zu reduzieren.

B. Mit 9 : 3 Stimmen

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Nach Entscheidung der Regierung von Unterfranken über den Umfang der zuwendungsfähigen Kosten und der Höhe des Zuschusses sind dem Stadtrat zusätzlich zum bisherigen Vorschlag preiswertere Alternativen im Bezug auf die Papierkörbe mit reduzierten Standards vorzulegen.

C. Mit 4 : 9 Stimmen

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Nach Entscheidung der Regierung von Unterfranken über den Umfang der zuwendungsfähigen Kosten und der Höhe des Zuschusses sind dem Stadtrat zusätzlich zum bisherigen Vorschlag preiswertere Alternativen im Bezug auf die Bänke mit reduzierten Standards vorzulegen.

- D. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag hinsichtlich der Bänke abgelehnt wurde. Es bleibt beim bisherigen Standart.

9. Erweiterung der Fa. GEA Brewery Systems GmbH Huppmann Tuchenhausen, Kitzingen
hier: Änderung des Flächennutzungsplanes

Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat hebt den Beschluss zur Einleitung eines Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan (30. Änderung) vom 02.04.2009 auf.
3. Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines Änderungsverfahrens nach § 2 Abs. 1 BauGB für einen Teilbereich des Flächennutzungsplanes nördlich der Firma GEA Brewery Systems GmbH Huppmann Tuchenhausen (30. Änderung neu, siehe Lageplan). Ziel des Änderungsverfahrens ist die Ausweisung einer Gewerblichen Baufläche.
4. Die Einleitung des Änderungsverfahrens ist nach § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

10. Erweiterung der Fa. GEA Brewery Systems GmbH Huppmann Tuchenhausen, Kitzingen
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes "Gewerbegebiet GEA Brewery Systems"

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich nach § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 91 „Gewerbegebiet GEA Brewery Systems“. Planungsziele sind die Bestandssicherung und weitere Entwicklungsmöglichkeiten für die Firma GEA unter Berücksichtigung der umliegenden Wohnbebauung.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

11. BGV-Nr. 41/09

Bauvoranfrage der Firma Pyrodrom, Nürnberg, zur Nutzung der ehemaligen Bunkeranlagen im Kitzinger Klosterforst
hier: Änderung des Flächennutzungsplanes

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines Änderungsverfahrens nach § 2 Abs. 1 BauGB für einen Teilbereich des Flächennutzungsplanes im Nordosten des Klosterforstes. Ziel des Änderungsverfahrens ist die Ausweisung einer Sondergebietsfläche mit der Zweckbestimmung für „Lagerung, Vorbereitung und Herstellung von pyrotechnischen Sätzen, Feuerwerkskörpern und Explosivstoffen“ (35. Änderung).
3. Der Beschluss erfolgt unter der Maßgabe, dass der Vorhabenträger die technische Umsetzung der Planänderung durchführen lässt und die Kosten hierfür trägt.

4. Die Einleitung des Änderungsverfahrens ist nach § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Erschließung derzeit nicht gesichert ist. Eine Baugenehmigung kann somit noch nicht in Aussicht gestellt werden.

12. Errichtung einer Urnenstele im Alten Friedhof

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt in heutiger Sitzung nicht behandelt werde, nachdem es sich beim Alten Friedhof um ein Denkmal handle und deshalb vor einer Umsetzung zunächst das Landesamt für Denkmalpflege gehört werden müsste.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

13. "Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts" hier: Aufwandsentschädigung für weitere Bürgermeister und Dienstausschallent- schädigung für Selbständige und sonstige Stadtratsmitglieder

A. Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen

B. Mit 11 : 1 Stimmen

Es besteht Einverständnis folgende Änderung in der Hauptsatzung vorzunehmen und dem Stadtrat zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen:

§ 3 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

„Sonstigen Stadtratsmitgliedern (ausgenommen Ortssprecher/innen), denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag eine Pauschalentschädigung von 10 € / Stunde.

C. Mit 12 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis folgende Änderungen in der Hauptsatzung vorzunehmen und dem Stadtrat zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen:

- a) Die Selbständigenentschädigung wird auf 10 € / volle Stunde festgesetzt.
- b) Die Aufwandsentschädigung wird für die/den ersten Stellvertreter/in auf 530,15 € / Monat, für den/die zweiten Stellvertreter/in auf 374,20 € / Monat festgelegt.
- c) Wird der Oberbürgermeister z. B. im Urlaubs- oder Krankheitsfall von einer / einem Selbständigen vertreten, erhält der / die Vertreter / in 20 € je volle Vertretungsstunde, max. jedoch 60 € / Tag.

D. Mit 9 : 3 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit,

- a) dass ab dem 01.03.2009 die Aufwandsentschädigung der kommunalen Wahlbeamten (u. a. stellvertretende Bürgermeister) analog der gesetzlichen Besoldungserhöhung der Beamten in der Besoldungsordnung A um einen Sockelbetrag von 40 € und auf dieser Berechnungsgrundlage um weitere 3 v. H. erhöht wird
- b) dass die Aufwandsentschädigung der kommunalen Wahlbeamten (u. a.

stellvertretende Bürgermeister) analog der gesetzlichen Besoldungserhöhung der Beamten der Besoldungsordnung A ab dem 01.03.2010 erneut um 1,2 v. H. erhöht wird.

E. Mit 9 : 3 Stimmen

Es besteht zudem damit Einverständnis, aus Gründen der Gleichbehandlung die Aufwandsentschädigung für die Mitgliedschaft im Stadtrat, für die Ausübung des Fraktionsvorsitzes und für die Ortssprecher im Gleichklang zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung der stellvertretenden Bürgermeister ebenfalls

- a) ab 01.03.2009 um einen Sockelbetrag um 40 € und auf dieser Berechnungsgrundlage um weitere 3 v. H. zu erhöhen.
- b) ab 01.03.2010 erneut um 1,2 v. H. zu erhöhen.

14. Grundsatzbeschluss zur Definition der Entwicklungsrichtung in Larson Barracks im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Der Stadtrat beschließt, die Entwicklungsrichtung in den Larson Barracks folgendermaßen zu definieren:
Die Larson Barracks sollen innovativ, nachhaltig und mit dem Schwerpunkt im produzierenden Gewerbe entwickelt werden. Daneben ist die Ansiedlung von Bildungs- bzw. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wünschenswert. Die umliegenden bereits bebauten Gebiete sind bei der Planung zu berücksichtigen. Bei der Vergabe besonders zu begrüßen sind zudem arbeitsplatzintensive Branchen.
2. Die oben angegebene Entwicklungsrichtung soll bei der Fortschreibung des ISEK aufgegriffen und als Konsequenz für den gesamtstädtischen Entwicklungsprozess berücksichtigt werden.

**15. Sanierung „Martin-Luther-Straße 3“, Kitzingen (6 Wohnungen)
Fensterbauarbeiten – Firma Heinzmann, 97318 Kitzingen
- Auftragsvergabe nach VOB - (freihändige Vergabe)**

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die Fensterbauarbeiten in der Martin-Luther-Straße 3, 97318 Kitzingen erhält die Firma Heinzmann, Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 27.846,32 € einschl. 19 % MwSt. ab.

3. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2010 bereit gestellt.

**16. Generalinstandsetzung der D.-Paul-Eber-Hauptschule, Hindenburgring Nord 8, Kitzingen
Außenputzarbeiten – Firma TOROS Bauunternehmung GmbH, 90443 Nürnberg
- Auftragsvergabe nach VOB -**

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nicht öffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die Außenputzarbeiten an der D.-Paul-Eber-Hauptschule in Kitzingen erhält die Firma TOROS Bauunternehmung GmbH, 90443 Nürnberg.

Die Auftragssumme schließt mit 204.516,99 € einschl. 19 % MwSt. und 6 % Nachlass ab.

3. Die erforderlichen Mittel stehen bei der Haushaltsstelle 1.2121.9451 zur Verfügung.

17. Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF 20/16 für die Freiwillige Feuerwehr Kitzingen – Bekanntgabe der Auftragsvergabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung ein Auftrag für die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF20/16 vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

18. Ersatzbeschaffung eines VW-Doppelkabiners für die Stadtgärtnerei
Bekanntgabe der Auftragsvergabe nach VOL/A 3b

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung ein Auftrag für die Beschaffung eines VW-Doppelkabiners für die Stadtgärtnerei vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen

19. Ersatzbeschaffung eines Kleintransporters für den Städtischen Bauhof
Bekanntgabe der Auftragsvergabe nach VOL/A

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung ein Auftrag für die Beschaffung eines Kleintransporters für den Städtischen Bauhof vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

20. Anfrage von Stadträtin Richter
SIGEKO-Lehrgänge im Bereich Tiefbau

Stadträtin Richter stellt fest, dass zwei Mitarbeiter der Tiefbauverwaltung am SIGEKO Lehrgang teilnehmen und fragt nach, ob diesen Lehrgang auch Mitarbeiter der Hochbauverwaltung absolvieren.

Bauamtsleiter Janner bejaht dies und weist darauf hin, dass sowohl in der Tief- wie auch in der Hochbauverwaltung jeweils zwei Mitarbeiter ausgebildet werden sollen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.